

Organspende: Einführung der erweiterten Widerspuchslösung

Beschluss des Deutschlandtages vom 5. bis 7. Oktober 2018 in Kiel

Die Junge Union Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die Bundesregierung auf, mit einer Änderung des Transplantationsgesetzes und Einführung der erweiterten Widerspuchslösung der drastisch sinkenden Zahl von Organspendern in Deutschland entgegenzuwirken. Um im Einzelfall dem Wunsch des Betroffenen mit der erforderlichen Schnelligkeit und Sicherheit nachkommen zu können, soll ein Widerspruchsregister geführt werden. Um eine freie Entscheidungsfindung zu ermöglichen, muss dem Versicherten Informationsmaterial beispielsweise wie bislang über die Krankenversicherung zukommen, aus welchem die Möglichkeit des Widerspruchs hervorgeht.

Außerdem soll der Bund die Länder dazu verpflichten, in den Ausführungsgesetzen zum Transplantationsgesetz für eine angemessene Freistellung der Transplantationsbeauftragten in den Kliniken zu sorgen.